

Gewerkschaft und Wirtschaftskrise

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **13 (1921)**

Heft 4

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-351432>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

auf dem Weltmarkt mit künstlichen Mitteln noch zu erschweren. Für den momentan nicht aufnahmefähigen Auslandsmarkt soll der Inlandsmarkt die Industrie beschäftigen. Zu diesem Zweck sollen Einfuhrkontingentierungen, Zollzuschläge und Zollerhöhungen auf die Importartikel erhoben werden. Durch diese Massregel wird im besten Fall einigen Gewerbegruppen eine geringe Erleichterung verschafft, den grossen Exportindustrien nützt das aber nicht nur nichts, da der Inlandsmarkt für sie nicht ins Gewicht fällt, er schädigt sie noch mehr. Die Bauern verlangen für die Zollsperrkompensationen in Form von Zöllen auf landwirtschaftliche Produkte, so dass es mit dem Preisabbau erst recht nichts ist.

Trotzdem fühlt sich die N. Z. Z. berufen, uns darüber zu belehren, dass unser gemeinsamer Aufruf mit der sozialdemokratischen Partei, der sich gegen die von der Bundesversammlung inaugurierte Zollpolitik richtet, leichtsinnig die Arbeiterinteressen schädige. Dabei stellt die N. Z. Z. selber den Satz auf: «Es lässt sich nicht bestreiten, dass Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen zur Folge haben, die Warenpreise zu stützen.» Das Blatt will aber glauben machen, dass bei Wegfall der vorgesehenen Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen die Zahl der Arbeitslosen und der Staatsaufwand für die Arbeitslosenunterstützung gewaltig gesteigert würden. «Das sozialistische Rezept, diesen Aufwand durch stärkere Besteuerung der *«grossen Vermögen»* zu bestreiten, würde gar nichts daran ändern, dass eine derart unproduktive Verwendung erheblicher Teile des Volksvermögens die allgemeine Kaufkraft schwächt... Die Gesamtheit hat jetzt nicht zu überlegen, wie man besteuert, sondern wie man die Produktion vermehrt.» Die Logik dieser Ausführungen ist mindestens sehr anfechtbar. Auch in bürgerlichen Kreisen wurden die vorgesehenen Einfuhrbeschränkungen als unwirksame Palliativmittel bezeichnet (Prof. Dr. E. Grossmann.) Die N. Z. Z. gibt sogar selber zu, dass durch die Einfuhrbeschränkungen die Warenpreise im Inland «gestützt» werden, womit die Kaufkraft der Massen weiter verschlechtert wird. Sie zieht aber aus dieser Tatsache nicht den Schluss, dass die Verhinderung des Preisabbaues im Inland die Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrien auf dem Weltmarkt noch mehr in Frage stellt. Das Blatt bleibt auch den Beweis dafür schuldig, dass aus der Unterlassung der Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen notwendig eine wesentliche Verschärfung der Krise resultieren muss. Hört man die Gewerbetreibenden, so ist jeder schutzbedürftig. Sobald sie aber selber als Bezüger auftreten, die teure Preise bezahlen sollen, lässt die Begeisterung merklich nach. Die Würdigung der Verhältnisse ergibt, dass durch die Einfuhrverhinderung oder durch die Verteuerung gewisser Produkte durch Zölle die Belegung ganzer Gewerbszweige geradezu verhindert werden kann (Baugewerbe).

Unser Interesse an der Behebung der Arbeitslosigkeit ist mindestens so gross wie das der N. Z. Z., und wir sind weit davon entfernt, die unproduktiven Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung für eine befriedigende Lösung des Problems zu halten. Dagegen dürfen wir wohl darauf aufmerksam machen, dass die N. Z. Z. und ihre Leute nicht nur während des Krieges, ohne mit der Wimper zu zucken, eine runde Milliarde unproduktiv ausgegeben haben und dass sie auch heute noch nicht im Traum ans Abrüsten denken, sondern im Gegenteil mitten im Frieden rund die Hälfte der Bundesausgaben an «unproduktive» Zwecke verschwenden, ohne dass sie das Gewissen drückt.

Nicht die Ausgaben für unproduktive Zwecke an sich sind es, die die N. Z. Z. drücken, sondern der Umstand, dass die Arbeiterschaft der Meinung ist, es soll-

ten dem Bund durch eine Vermögensabgabe die zur Lösung seiner sozialen Aufgaben nötigen Gelder zugeführt werden. Solange die breiten Massen geschöpft werden, ist alles in Ordnung. Sobald aber die grossen Geldsäcke angebohrt werden sollen, ist das eine die ganze Volkswirtschaft schädigende «Schwächung» der Kaufkraft. Man merkt die Absicht....!

Gerade umgekehrt verhält es sich. Die Heranziehung der grossen Vermögen zu den allgemeinen Lasten ist das einzige wirksame Mittel, der Volkswirtschaft wieder einermassen auf die Beine zu helfen.

Nun kommt aber die N. Z. Z., nachdem sie seit Jahren in ihren Spalten allerlei Geister aufmarschieren lässt, die das Finanzelend besingen, gar noch mit dem vaterländischen Appell, jetzt gelte es nicht zu überlegen, wie man besteuert, sondern wie man produziert. Der Appell gilt den Dummen im Lande, die leider nicht aussterben. Sie sollen schweigen und bezahlen. Die Bundesversammlung hat ja überlegt, wie man dem Volk mit Leichtigkeit 200 Millionen abknöpfen kann, und sie hat auch dafür gesorgt, dass es darüber keine weitere Diskussion mehr gibt. Sie hat ihre Beschlüsse als dringlich erklärt und sie dadurch der Sanktion durch das Volk entzogen. Die stimmfähigen Bürger sind ja so vergesslich. Bei den nächsten Wahlen stimmen sie wieder den Zollvögten, oder sie bleiben faul zu Hause mit der Ausrede: «Es nützt ja doch nichts.»

Gilt das Allgemeinwohl, so darf das Staatswesen nicht, wie es bisher immer geschehen ist, vor den grossen Geldsäcken haltmachen. Es muss insbesondere in einer Weltkrise wie der heutigen mit grosszügigen Massnahmen einsetzen, statt sich in primitivem Flickwerk zu erschöpfen. Wie eindringlich ist schon das Problem der Wohnungsnot erörtert worden, und wie wenig ist geschehen! Konferenzen und Konferenzen und nichts als Konferenzen. Was aber bisher getan wurde und was für die nächste Zukunft zu erwarten ist, ist ein Tropfen auf einen heissen Stein. Zehntausende sind obdachlos, wohnen in «Notwohnungen». Aber der Staat hat kein Geld für produktive Zwecke. Und er scheut sich auch, die Vermögen der Reichen abzusteuern, weil sonst die «Kaufkraft» ihrer Nutzniesser geschwächt werden könnte.

Jeder Laie muss einsehen, dass durch eine grosszügige Bautätigkeit die gesamte Volkswirtschaft mächtig angeregt würde und dass wir auf diesem Wege allein die Klippen der Weltwirtschaftskrise ohne allzu grosse Opfer umschiffen könnten. Das Baugewerbe bietet so vielseitige Arbeitsgelegenheit wie keine andere Betätigung. Dazu werden viele andere Industrien unmittelbar und mittelbar befruchtet, so dass die Kaufkraft der Massen sofort günstig beeinflusst wird.

Nach den Erfahrungen der letzten Jahre ist es undenkbar, dass die Privatinitiative in erheblichem Masse einsetzen wird, um dem Wohnungsbedürfnis abzuhelfen. Es fehlt der Anreiz grosser Profite. Der Wohnungsbau rentiert nicht. Man wartet auf den Preisabbau, der aber bei dieser Wirtschaftspolitik lange auf sich warten lassen wird. Die gleiche abwartende Haltung beobachten aber auch die Behörden. Sie lassen nur bauen, was sie müssen, und studieren «Sparmassnahmen». Sie sehen nicht ein, dass heute die Arbeitsbeschaffung das Problem der Probleme ist, dass die Notstandsarbeiten unwirtschaftlich sind, dass die Arbeitslosenunterstützung unproduktiv ist und dass lange Arbeitslosigkeit demoralisierend wirkt. Der Egoismus ist die Triebfeder unserer Volkswirtschaft, aber nicht das Gemeinwohl.

So trostlos die Lage erscheint, so ist es eine Selbsttäuschung zu glauben, der Kapitalismus sei am Ende seiner Tage angelangt. Die Blätter, die das behaupten,

belügen sich und ihre Leser. Sie sind es, die den Kopf in den Sand stecken, und ohne Rücksicht auf das, was in den kapitalistischen Staaten vor sich geht, den baldigen grossen Kladderadatsch prophezeien. Es ist kurzfristig, die Massen mit Phrasen von der Weltrevolution zu füttern und sie den Tagesaufgaben zu entfremden, denn schliesslich kann nicht alles auf eine Karte gesetzt und der Arbeiter ewig auf ein befreiendes Ereignis vertröstet werden, das nicht kommt. Das mag bequem sein für gewisse Leute, die stark sind in der Kritik, aber schwach im Bessermachen.

Was wir brauchen ist Aufklärung über unsere wirtschaftliche Lage und über die Möglichkeiten der Entwicklung. Der Einfluss der Arbeiterschaft kann nur dann richtig zur Geltung kommen, wenn die Massen sich in die Gewerkschaften stellen, wenn sie als Bürger die Politik beeinflussen, wenn sie in allen wirtschaftlichen und politischen Fragen ein gewichtiges Wort reden. Vor allem aber, wenn sie einig und geschlossen auftreten. In diesem Sinn haben Gewerkschaftsbund und Partei ein Wirtschaftsprogramm aufgestellt, in dem die nächsten Ziele umschrieben sind.



Eine Sonderorganisation.

Durch die Einberufung einer Konferenz der Arbeiterunions durch die Basler Kommunisten, die denn auch am 20. März in Zürich stattgefunden hat, ist die Frage der «Einheitsorganisation» wieder zur Diskussion gekommen. Wir haben in der G. K. zu der ganzen Frage einige Bemerkungen grundsätzlicher und persönlicher Art gemacht, die in der kommunistischen Presse wie auf der Konferenz der Unions in Zürich keine gnädige Aufnahme gefunden haben, was natürlich zu erwarten war. Es blieb ein Trost: «Dürr hat sich mit seinen Ansichten in Zürich und in Basel schwere Abfahren geholt.» Das ist zwar nicht viel, wenn man die Regie an beiden Orten kennt. Mit einem «Erfolg» war bei den bekannten Verhältnissen in Zürich wie in Basel von vornherein nicht zu rechnen. Wenn die «psychologisch» Einstellung auf den Geist der Versammlungen bemängelt wurde, so halten wir die Darstellung der Tatsachen für wichtiger als das «Reden nach dem Mund».

Immerhin soll den Zürchern zugestanden werden, dass sie das Referat ruhig angehört haben und dass sich auch die Diskussion in erträglichen Grenzen bewegte. Anders in Basel. Nicht nur wurde der Vortragende mehrmals unterbrochen, wobei es Minuten dauerte, bis an ein Weiterreden zu denken war; die Diskussion selber stand auf einem bedenklichen Niveau. Ein Mensch, von dem niemand weiss, wovon er lebt, sprach sein Bedauern darüber aus, dass es keine Genossen gebe, die mit Leuten wie dem Referenten nach Manier Dato (dem gemeichelten Ministerpräsidenten von Spanien) verfahren. Ein anderer sprach die Erwartung aus, dass man die «Bonzen» an die Wand stellen werde. Solche Aeusserungen wurden von einzelnen Versammlungsteilnehmern mit «sehr richtig» und «bravo» unterstrichen. Der Präsident konnte sich nicht zu einem Protest gegen eine solche Verwilderung aufschwingen.

Nun einige Bemerkungen zu der Konferenz vom 20. März. Es waren 25 Unions vertreten, die angeblich 90,000 Mitglieder — allerdings stark nach oben aufgerundet — vertraten. Man wird nicht behaupten wollen, dass diese Unions, von denen neun auf den Kanton Zürich entfallen, kommunistisch seien. Die gefassten Beschlüsse beweisen nach dieser Richtung hin nichts, da nicht Worte, sondern die den Worten fol-

genden Taten entscheidend sind. Sobald die Delegierten die gefallenen Voten auf ihre Hiebfestigkeit untersuchen, werden sie — ausserhalb des Dunstkreises der kommunistischen Phraseologie — anders urteilen.

Da ist zunächst die Resolution der Arbeiterunion Basel zur Einheitsorganisation, deren prägnanteste Stelle lautet: «Die Spaltung der sozialdemokratischen Partei konnte für dieses Streben (die Einheit) kein Hindernis sein. In diesem Falle wird eine Organisation, die den Klassenwillen des revolutionären Proletariats zur Geltung bringt, doppelt notwendig.» Demgegenüber ist wohl die Frage am Platze, wie man sich in der kommunistischen Partei diese Einheitsfront vorstellt. In der schon erwähnten Basler Versammlung hat Schneider in einem Zwischenruf bemerkt, dass er die Grütliauer in diese Einheitsfront einbeziehe; sie seien bessere Klassenkämpfer als viele Sozialdemokraten.

Damit stimmt überein, was in der Resolution über die Rolle der kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution gesagt ist: «Die Kommunisten meiden keineswegs nichtparteiliche Massenorganisationen der Arbeiter, sie scheuen sich unter Umständen selbst dann nicht, wenn sie einen ausgeprägt reaktionären Charakter tragen (gelbe Verbände, christliche Verbände usw.), an ihnen teilzunehmen und sie auszunützen...» Worin diese Ausnützung der Massenorganisationen besteht, sagt Zinowiew in «Tagesfragen der internationalen Arbeiterbewegung»: «Die Kommunistische Internationale, welche die II. Internationale als Vereinigung politischer Organisationen zertrümmert hat, stellt jetzt den Kampf um den Einfluss in den Verbänden auf die Tagesordnung. Die Gewerkschaften durchleben dieselbe Evolution, wie die politischen Parteien des Proletariats sie durchlebt haben. Die Differenzierung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung hat schon begonnen und schreitet in geschwindem Tempo vorwärts. Hier und da vollzieht sich die Bewegung durch direkte Spaltung der Gewerkschaften. Wo das unvermeidlich ist, wird die Kommunistische Internationale nichts dagegen haben.» Nach solchen Feststellungen sind Zweifel an der Aufrichtigkeit der Motive der Kommunisten, alle Parteien in einer Einheitsfront zum Zwecke der Bekämpfung des Kapitalismus zusammenzufassen, wohl berechtigt, insbesondere eingedenk der Weisung Lenins: «Man muss es verstehen, dem allem Widerstand zu leisten, sich zu jeden und allen Opfern zu entschliessen und — wenn es nötig ist — sogar List, Schlaueit, illegale Methoden, Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit anwenden, um nur in die Gewerkschaftsverbände einzudringen, in ihnen zu bleiben, in ihnen kommunistische Arbeit durchzuführen.» Da die Kommunisten, mit Ausnahme von Basel und Zürich, sich überall in kleiner Minderzahl befinden, gilt es eben, die Unions zur Aufnahme der kommunistischen Gruppen unter allen Umständen zu veranlassen, um die Propaganda nach den Weisungen von Lenin zu betreiben. Dabei besteht man überall, wo man in der Minderheit ist, auf der «paritätischen» Zusammensetzung, während man in Zürich und Basel den kommunistischen Terror rücksichtslos anwendet. An einer andern Stelle seiner Schrift sagt Zinowiew offen heraus: »Unsere Partei ist der Meinung, dass wir uns nicht von den Gewerkschaften lossagen dürfen. Im Verlauf der proletarischen Revolution werden sich die Gewerkschaften ebenso spalten, wie sich die sozialdemokratischen Parteien gespalten haben.» Schneider und seine Freunde mögen ihre guten Absichten noch so beteuern, nicht nur der Schein, auch die Tatsachen sprechen gegen sie.

Den Fall gesetzt, die «Einheitsfront» käme nach dem Vorschlag der Basler zustande, so erhebt sich aber